

Präambel

Auf Grund des § 1 Abs.3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. m. § 58 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz hat der Rat der Gemeinde Ganderkesee diesen Bebauungsplan Nr. 245 "Südlich der Oldenburger Straße", bestehend aus der Planzeichnung und den nebenstehenden textlichen Festsetzungen, als Satzung sowie die Begründung beschlossen. Die Satzung des Bebauungsplanes wird hiermit ausgeteilt.

Ganderkesee, den 12.01.2018 L.S. gez. A. Gerken
Die Bürgermeisterin

Verfahrensvermerke

Planunterlage

Kartengrundlage: Liegenschaftskarte
Maßstab: 1 : 1.000

Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung.

© 2016 LGLN

Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (LGLN)
Regionaldirektion Oldenburg-Oldenburg

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 21.10.2016). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen georeferenziert und einmündig.

Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Öffentlichkeit ist einwandfrei möglich.

Achim, den 15.02.2018 L.S. gez. U. Ehlhorn
(öffentl. bestellter Vermessungsingenieur)

Planverfasser

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet von NWP Planungsgesellschaft mbH, Escherweg 1, 26121 Oldenburg.

Oldenburg, den 12.12.2018 gez. Th. Aufleger
(Unterschrift)

Aufstellungsbeschluss

Der Ausschuss für Gemeindeentwicklung hat in seiner Sitzung am 19.11.2015 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 245 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 28.11.2016 ortsüblich bekannt gemacht.

Ganderkesee, den 12.01.2018 gez. A. Gerken
Bürgermeisterin

Öffentliche Auslegung

Der Ausschuss für Gemeindeentwicklung hat in seiner Sitzung am 31.08.2017 dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 25.09.2017 ortsüblich bekannt gemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 245 mit der Begründung und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen haben vom 07.10.2017 bis 06.11.2017 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Ganderkesee, den 12.01.2018 gez. A. Gerken
Bürgermeisterin

Eingeschränkte Beteiligung

Der betroffenen Öffentlichkeit wurde gemäß § 4a Abs. 3 BauGB am 10.11.2017 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Ganderkesee, den 12.01.2018 gez. A. Gerken
Bürgermeisterin

Satzungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde Ganderkesee hat den Bebauungsplan Nr. 245 nach Prüfung der Stellungnahmen gemäß § 9 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 14.12.2017 als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Ganderkesee, den 12.01.2018 gez. A. Gerken
Bürgermeisterin

Inkrafttreten

Der Satzungsbeschluss der Gemeinde ist gemäß § 10 (3) BauGB am 02.02.2018 ortsüblich bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan Nr. 245 ist damit am 02.02.2018 in Kraft getreten.

Ganderkesee, den 05.02.2018 gez. A. Gerken
Bürgermeisterin

Verletzung von Vorschriften

Innerhalb eines Jahres nach Inkraft-Treten des Bebauungsplanes Nr. 245 ist die Verletzung von Vorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes Nr. 245 und der Begründung nicht geltend gemacht worden.

Ganderkesee, den Bürgermeisterin

Beglaubigungsvermerk

Diese Ausfertigung der Planzeichnung stimmt mit der Urschrift überein.

Ganderkesee, den GEMEINDE GANDERKESEE
Die Bürgermeisterin

Rechtsgrundlagen für diesen Bebauungsplan sind:

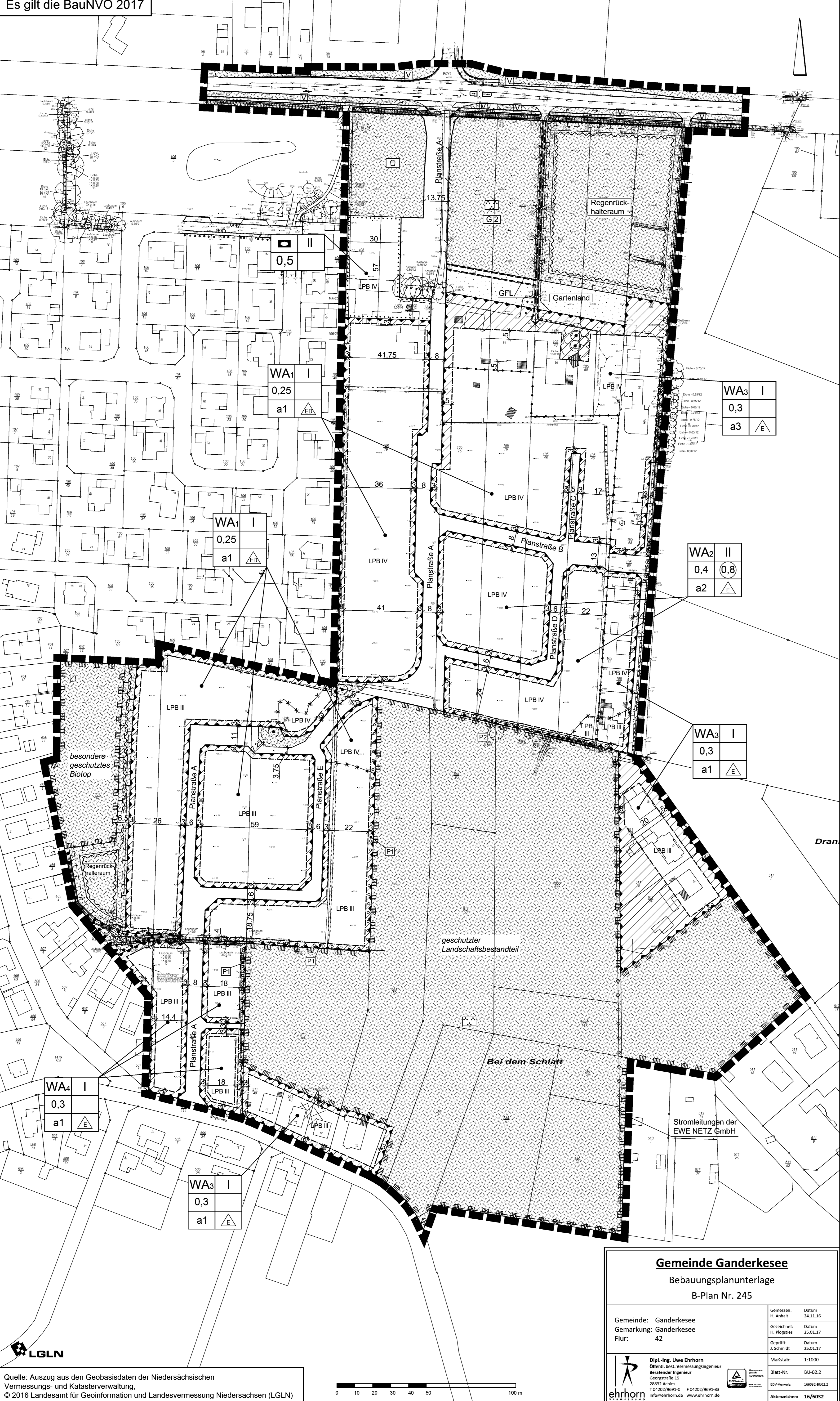
Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634)

Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. Nr. 31/2010, S. 576), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 02.03.2017 (Nds. GVBl. S. 48).

Baumtutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786)

Planungsverordnung 1990 (PlanV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 04. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057)

Es gilt die BauNVO 2017



Gemeinde Ganderkesee
Bebauungsplanunterlage
B-Plan Nr. 245

Gemeinde: Ganderkesee
Gemarkung: Ganderkesee
Flur: 42

Gemeinsch. Datum: 24.11.16
Gezeichnet: Datum: 25.01.17
In: Projekt: 25.01.17
Geprüft: Datum: 25.01.17
Merkmal: 1:1000
Blatt-Nr.: BJ-02.2
T 0302/26950-1 F 0302/26950-33
Info: info@ehorn.de www.ehorn.de

Dipl.-Ing. Udo Ehlhorn
Öffentl. best. Vermessungsingenieur
Besonderer Register:
Geographische Nr.: 28612 Aachen
T 0302/26950-1 F 0302/26950-33
Info: info@ehorn.de www.ehorn.de

Altmetrisch: 16/0032

PLANZEICHENERKLÄRUNG

- Art der baulichen Nutzung**
 - WA Allgemeines Wohngebiet
- Maß der baulichen Nutzung**
 - 0,8 Geschossflächenzahl
 - 0,4 Grundflächenzahl
 - I Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß
- Bauweise, Baulinien, Baugrenzen**
 - E nur Einzelhäuser zulässig
 - Ea nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
 - a Abweichende Bauweise
 - Baugrenze
 - überbaubare Fläche
 - nicht überbaubare Fläche
- Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs, Flächen für den Gemeinbedarf, Flächen für Sport und Spielanlagen**
 - Flächen für den Gemeinbedarf
 - Zweckbestimmung: Kindertagesstätte/ Kindergarten
- Verkehrsflächen**
 - Straßenverkehrsfläche
 - Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung, Zweckbestimmung: Fuß- und Radweg
 - Straßenbegrenzungslinie
- Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen**
 - unterirdische Leitung (nachrichtliche Übernahme)
- Grünflächen**
 - Private Grünfläche
 - Zweckbestimmung: Gartenland
 - Öffentliche Grünfläche
 - Zweckbestimmung: Kinderspielfeld
 - Zweckbestimmung: Parkanlage
 - Zweckbestimmung: Verkehrsgrün
 - Zweckbestimmung: Regenrückhalteraum
- Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserausflusses**
 - Wasserfläche
- Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen oder Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft**
 - Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft
 - zu erhaltender Baum
 - Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
 - Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern
 - Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzrechts (nachrichtliche Übernahme)
 - geschützter Landschaftsbestandteil (nachrichtliche Übernahme)
- Sonstige Planzeichen**
 - mit Geh-, Fahr-, und Leitungsrecht zu belastende Flächen
 - Umgrenzung von Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
 - LPB III Lärmpegelbereiche
 - Abgrenzung unterschiedlicher Lärmpegelbereiche
 - Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen
 - Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Textliche Festsetzungen

- Art der baulichen Nutzung**
 - Allgemeine Wohngebiete**

Gemäß § 1 (6) BauNVO sind allen Allgemeinen Wohngebieten WA (§ 4 (3) BauNVO) folgende, ausnahmsweise zulässige Nutzungen nicht zulässig:

 - sonstige nicht störende Gewerbebetriebe,
 - Gartenbaubetriebe,
 - Tankstellen.
 - Maß der baulichen Nutzung**
 - Grundflächenzahl**

Gemäß § 19 (4) Satz 3 BauNVO darf die in der Planzeichnung festgesetzte Grundflächenzahl in den Allgemeinen Wohngebieten WA 1, 2 und 4 durch Anlagen im Sinne des § 19 Abs. 4 Satz 1 um bis zu 80 von Hundert überschritten werden.
 - Überbaubare/nicht überbaubare Grundstücksflächen**

Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind in den allgemeinen Wohngebieten WA 1, 2 und 4 zwischen der Baugrenze und den im Bebauungsplan festgesetzten angrenzenden Verkehrsflächen (mit Ausnahme der Zweckbestimmung Fuß- und Radweg gekennzeichneten Verkehrsflächen) in einer Tiefe von 3 m (gemessen von der festgesetzten Straßenbegrenzungslinie) Garagen und überdachte Stellplätze (Carports) gemäß § 12 BauNVO sowie Nebenanlagen in Form von Gebäuden gemäß § 14 BauNVO nicht zulässig. Nicht überdachte begründete Einstellplätze z.B. aus Rasengittersteinen können ausnahmsweise zugelassen werden.
 - Bauweise**

In der abweichenden Bauweise gilt gemäß § 22 (2) BauNVO die offene Bauweise. Abweichend wird festgesetzt, dass in der abweichenden Bauweise

 - Gebäudelängen bis maximal 20 m (Einzelhäuser) bzw. je Doppelhaushälfte bis maximal 10 m
 - Gebäudelängen bis maximal 25 m
 - Gebäudelängen bis maximal 30 mzulässig sind.
 - Mindestgrundstücksgröße**

In allen Allgemeinen Wohngebieten WA 1-3 wird gemäß § 9 (1) Nr. 3 BauGB eine Mindestgrundstücksgröße von 700 qm für Einzelhäuser bzw. 350 qm je Doppelhaushälfte je Baugrundstück festgesetzt.

In den Allgemeinen Wohngebieten WA 4 wird gemäß § 9 (1) Nr. 3 BauGB eine Mindestgrundstücksgröße von 500 qm für Einzelhäuser festgesetzt.
 - Zahl von Wohnungen in Wohngebäuden gemäß § 9 (1) Nr. 6 BauGB**

In den allgemeinen Wohngebieten WA 1 und WA 3 sind gemäß § 9 (1) Nr. 6 BauGB bei Einzelhäusern je 700 qm Baugrundstück zwei Wohneinheiten und im WA 1 bei Doppelhäusern je 350 qm eine Wohneinheit zulässig.

In den allgemeinen Wohngebieten WA 4 sind gemäß § 9 (1) Nr. 6 BauGB bei Einzelhäusern je 500 qm Baugrundstück eine Wohneinheit zulässig.
 - Flächen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen gemäß § 9 (1) Nr. 24 BauGB**

passiver Schallschutz

Zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Straßenlärm) werden bauliche Schallschutzmaßnahmen festgesetzt. Entsprechend des Lärmpegelbereiches und der Raumart (Nutzung) ergeben sich gemäß DIN 4109-1 die folgenden erforderlichen Schalldämmmaße erf. R' w, res für die Außenbauteile in dB:

Spalte	1	2	3	4	5
Zeile	Lärmpegelbereich	Maßgeblicher Außenlärmpegel	Raumarten	Büroräume ¹ und drittes	Büroräume ¹ und drittes
			Bettzimmer in Krankenhäusern und Sanatorien	Aufenthaltsräume in Wohnungen, Aufenthaltsräume in Beherbergungsbetrieben, Unterichtsäume und ähnliches	
			Erf. R' w, res des Außenbauteils in dB		
1	I	bis 55	35	30	--
2	II	56 bis 60	35	30	30
3	III	61 bis 65	40	35	30
4	IV	66 bis 70	45	40	35
5	V	71 bis 75	50	45	40
6	VI	76 bis 80	b	50	45
6	VII	> 80	b	b	50

a) An Außenbauteile von Räumen, bei denen der eindringende Außenlärm aufgrund der in den Räumen ausgeübten Tätigkeiten nur einen untergeordneten Beitrag zum Innenraumpegel leistet, werden keine Anforderungen gestellt.

b) Die Anforderungen sind hier aufgrund der örtlichen Gegebenheiten festzulegen.

Auszug aus der Tabelle 7 der DIN 4109-1

Im Rahmen eines konkreten Baugenehmigungsverfahrens ist der Nachweis zu erbringen, dass die Anforderungen, die sich aus der DIN 4109-1 für die Lärmpegelbereiche ergeben, durch die geplante Bauausführung eingehalten werden können. Für die von der maßgeblichen Geräuschquelle abgewandten Gebäudeseite darf der maßgebliche Außenlärmpegel ohne besonderen Nachweis bei offener Bebauung um 5 dB und bei geschlossener Bebauung bzw. bei Innenräumen um 10 dB gemindert werden.

Bei Schlafräumen und Kinderzimmern sowie vergleichbar genutzten Räumen mit einem erhöhten Ruhebedürfnis muss die erforderliche Raumluft bei geschlossenen Fenstern sichergestellt sein.

Beim Einbau von Fenstern ist zu berücksichtigen, dass die für eine ausreichende Lüftung der schutzbedürftigen Räume erforderliche Einrichtung die Mindestanforderungen an die resultierende Schalldämmung der Außenwand nicht unterschreitet.
- Geh-, Fahr- und Leitungsrechte gemäß § 9 (1) Nr. 21 BauGB**
 - Die mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten belasteten Flächen werden zu Gunsten der Ver- und Entrognung sowie der Nutzungsberechtigten der Flurstücke 105/68, 105/78 und 105/50 festgesetzt. Innerhalb der öffentlichen und privaten Grünflächen mit den festgesetzten Geh-, Fahr- und Leitungsrechten ist die Anlage von befestigten Wegen in einer Breite von maximal 4 m zulässig.
- Öffentliche Grünfläche und Fläche für die Wasserwirtschaft § 9 (1) Nr. 16 BauGB**
 - Die öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Parkanlage“ (G 2) ist zur Sicherung und Entwicklung eines artenreichen Grünlandes frischer/feuchter Standorte extensiv zu pflegen und zu unterhalten. Die Anlage eines Grabens ist zulässig.
 - In den öffentlichen Grünflächen mit der überlagernden Festsetzung von Flächen für die Wasserwirtschaft sind naturnah gestaltete Anlagen zur Oberflächenentwässerung entsprechend den wasserwirtschaftlichen Anforderungen (Regenrückhalteräume) zulässig.
- Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern oder sonstigen Bepflanzungen gemäß § 9 (1) Nr. 25 a BauGB**
 - Innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksflächen des Allgemeinen Wohngebietes WA 1 und WA 4 ist in der mit P 1 gekennzeichneten Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen eine mindestens zweireihige Laubgehölzhecke anzupflanzen. Zur Ausbildung eines Siedungsraumes im Übergang zu dem geschützten Landschaftsbestandteil ist diese freiwachsende Hecke in einem Pflanzabstand von 1,5 m und einem Reihenabstand von 1 m, versetzt mit standortgerechten Arten nachstehender Gehölzliste, anzulegen und zu unterhalten. Bei Abgang sind Ersatzpflanzungen vorzunehmen.
 - Zur Einbindung des Allgemeinen Wohngebietes (WA 2) nach Süden und zur Abschirmung des geschützten Landschaftsbestandteils ist eine als P 2 gekennzeichnete 2 m breite, freiwachsende Laubgehölzhecke gemäß Gehölzliste anzulegen und zu unterhalten. Die bestehenden Birken sind in die Pflanzung einzubeziehen und zu erhalten.
- Flächen mit Pflanzbindung gemäß § 9 (1) Nr. 25 b BauGB**
 - Innerhalb der Fläche mit Bindung für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern gemäß § 9 (1) Nr. 25 b BauGB (G 1) sind die standortgerechten Gehölze sowie der Graben zu erhalten und zur Aufrechterhaltung einer Grünverbundung dauerhaft zu sichern. In Ergänzung des Bestandes sind Gehölzarten parallel des Grabens und Ergänzungspflanzungen standortgerechter Gehölze nachstehender Gehölzliste zuzulassen bzw. umzusetzen.
 - Bei Abgang der als zu erhalten festgesetzten Laubbäume sind Ersatzpflanzungen der gleichen Art (Linden, Stieleichen) vorzunehmen.

Baumarten	Stäucher / niedere Bäume
Spitzahorn	Feldahorn
Betula pendula	Hase
Sanddorn	Waldkiefer
Hainbuche	Heckenkirsche
Robuche	Schlehe
Stieleiche	Faulbaum
	Hainbuche
	Eberesche
	Schneeball
	Acer campestre
	Corylus avellana
	Crataegus monogyna
	Lonicera penduliflora
	Rhamnus frangula
	Rosa canina
	Sorbus aucuparia
	Viburnum opulus

Hinweise

- Denkmalschutz**

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkocharnsammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes niederrichtig und müssen der zuständigen unteren Denkmalschutzbehörde oder dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege - Abteilung Archäologie - Stützpunkt Oldenburg, Oldener Straße 15, Tel. 0441 / 799-2120 unverzüglich gemeldet werden.

Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.
- Altabtragungen**

Sollten bei geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Altabtragungen bzw. Altstandorte zutage treten, so ist unverzüglich die Untere Abfallbehörde zu benachrichtigen.
- Versorgungsleitungen**

Die Lage der Versorgungsleitungen ist den Bestandsplänen der zuständigen Versorgungsunternehmen zu entnehmen.
- Verwendete DIN-Normen und Regelwerke**

In den Festsetzungen zugrunde liegenden und genannten DIN-Normen und technischen Regelwerke liegen zur Einsichtnahme bei der Gemeinde Ganderkesee während der üblichen Öffnungszeiten aus.
- Kampfmittel**

Sollten bei geplanten Bau- und Erdarbeiten Kampfmittel (Granaten, Panzerfauste, Minen etc.) gefunden werden, benachrichtigen Sie bitte umgehend die zuständige Polizeidienststelle, Ordnungsamt oder das Kampfmittelbeseitigungsdezernat direkt.
- Artenschutz**

Die Maßnahmen des Artenschutzes gemäß § 44 BNatSchG sind zu beachten. Unvermeidbare Gefährdungen sind nur in der gesetzlich bestimmten Zeit vom 01. Oktober bis 28. Februar eines jeden Jahres zulässig (§ 39 (5) Ziffer 2 Bundesnaturschutzgesetz). Soll hiervon abgewichen werden, hat unmittelbar vor der Maßnahme eine Kontrolle der betreffenden Gehölze hinsichtlich vorhandener Lebensstätten besonders und streng geschützter Tierarten durch eine fachkundige Person zu erfolgen. Eine Entfernung der Gehölze ist nur zulässig, wenn eine Betroffenheit von geschützten Arten im Sinne des § 44 Bundesnaturschutzgesetzes ausgeschlossen werden kann. Zu beachten ist, dass auch im Winter eine Betroffenheit von überwintenden Fledermäusen bestehen kann. Werden bei der Bepflanzung/Kartierung Höhlen oder andere dauerhaft genutzte Lebensstätten festgestellt, sind die entsprechenden Bäume/Gebäude möglichst zu erhalten. Wenn eine Beseitigung unvermeidbar ist, ist entsprechend im Vorhinein ein geeigneter Ausgleich zu schaffen, damit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin gewahrt bleibt. Gegebenenfalls ist eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung zu beantragen.
- Erläuterungen zu den Anforderungen zum Schallschutz:**
 - Lärmpegelbereich III**

Bei der Erstellung von Gebäuden mit Wohn- und Schlafräumen innerhalb der Fläche des Lärmpegelbereiches III nach DIN 4109-1/Nr.1, muss nach Tabelle 7 Spalte 4 ein erforderliches resultierendes Schalldämm-Maß von mindestens R' w, res = 35 dB für die Außenbauteile gefordert werden.

Bei der Erstellung von Gebäuden mit Büroräumen innerhalb der Fläche des Lärmpegelbereiches III nach DIN 4109-1/Nr.1, muss nach Tabelle 7 Spalte 5 ein erforderliches resultierendes Schalldämm-Maß von mindestens R' w, res = 30 dB für die Außenbauteile gefordert werden.
 - Lärmpegelbereich IV**

Bei der Erstellung von Gebäuden mit Wohn- und Schlafräumen innerhalb der Fläche des Lärmpegelbereiches IV nach DIN 4109-1/Nr.1, muss nach Tabelle 7 Spalte 4 ein erforderliches resultierendes Schalldämm-Maß von mindestens R' w, res = 40 dB für die Außenbauteile gefordert werden.

Bei der Erstellung von Gebäuden mit Büroräumen innerhalb der Fläche des Lärmpegelbereiches IV nach DIN 4109-1/Nr.1, muss nach Tabelle 7 Spalte 5 ein erforderliches resultierendes Schalldämm-Maß von mindestens R' w, res = 35 dB für die Außenbauteile gefordert werden.

Der Nachweis über die Einhaltung der Anforderungen nach DIN 4109-1 erfolgt nach DIN 4109-2 Abschnitt 4.4 „Berechnung der Luftschalldämmung von Außenbauteilen“ unter Berücksichtigung der Schalldämmung einzelner Bauteile (Fenster, Wand u.a.) und deren jeweiligen Flächenanteile.

Fenster und Lüftungsamente

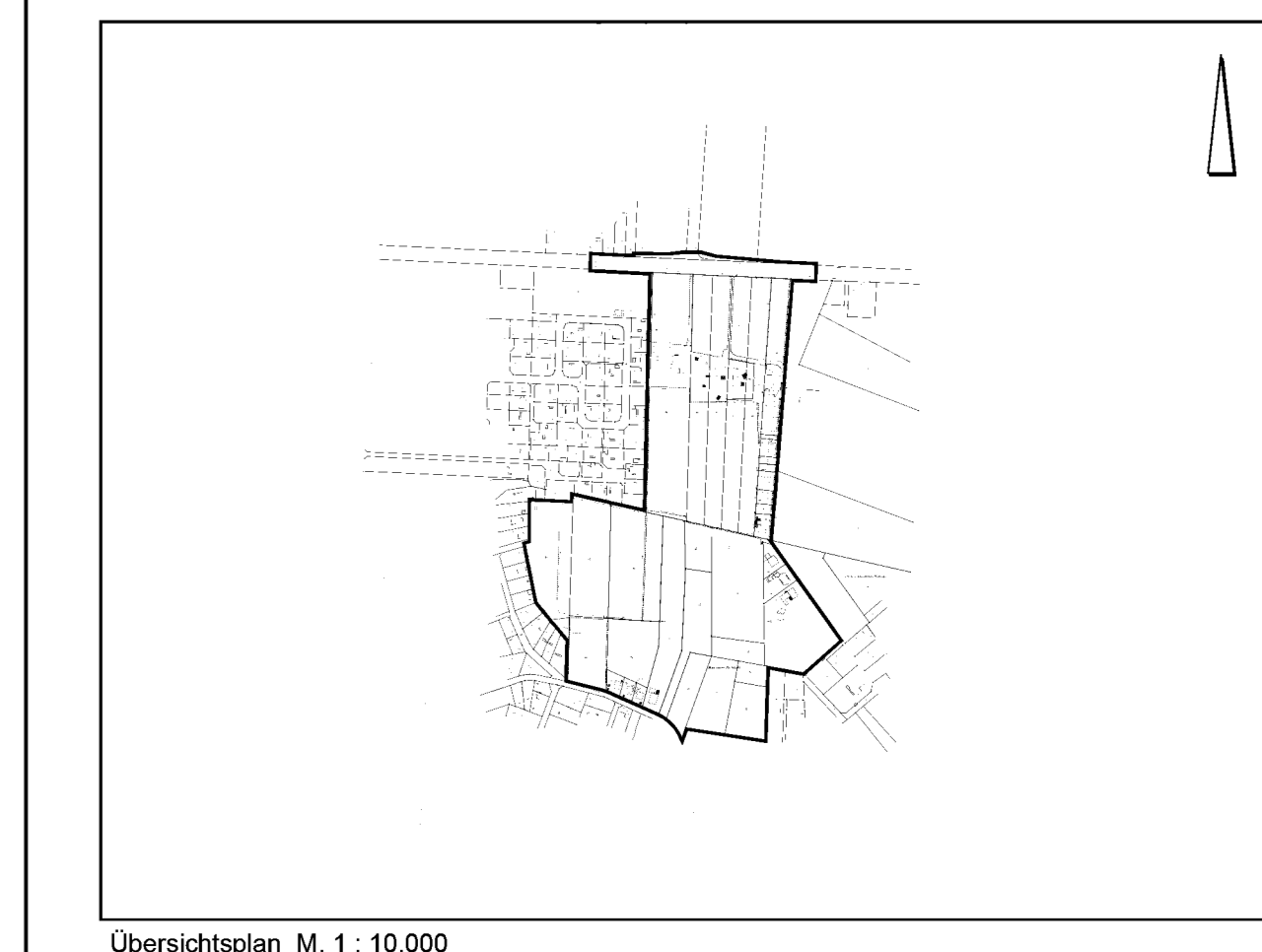
Fenster sind auf Grund der schalldämmenden Eigenschaften gemäß VDI 2719 /NS/ in die Schallschutzklassen 1 - 6 unterteilt, die sich wie folgt darstellen:

Spalte	1	2	3
Zeile	Schallschutzklasse	bewertetes Schalldämm-Maß R' w, des am Bau funktionstüchtigen Fensters	erforderliches bewertete Schalldämm-Maß R' w, des im Prüfstand eingebauten funktionstüchtigen Fensters
1	1	25 bis 29 dB	>= 27 dB
2	2	30 bis 34 dB	>= 32 dB
3	3	35 bis 39 dB	>= 37 dB
4	4	40 bis 44 dB	>= 42 dB
5	5	45 bis 49 dB	>= 47 dB
6	6	>= 50 dB	>= 52 dB

Schallschutzklassen von Fenstern

Gemeinde Ganderkesee
Landkreis Oldenburg

Bebauungsplan Nr. 245
"Südlich der Oldenburger Straße"



Übersichtsplan M. 1 : 10.000

Dezember 2017 M. 1 : 1.000

NWP Planungsgesellschaft mbH
Gesellschaft für räumliche Planung und Forschung

Escherweg 1 Telefon 0441 97714-0
26121 Oldenburg Telefon 0441 97714-13
Postfach 3867 E-Mail: info@nwp-old.de
26128 Oldenburg Internet: www.nwp-old.de

